Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 7 | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt" und „Herd und Scholle" | Halver Freitag, den 9. Januar | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. — | 1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der mit den Handelsvertragsverhandlungen in Paris betraute Staatssekretär Trendelenburg ist mit französischen Vorschlägen für ein vorläufiges Abkommen nach Berlin gekommen.

* Der sozialdemokratische Abgeordnete Löbe wurde im ersten Wahlgang zum Präsidenten des neuen Reichstages gewählt.

* Der neue deutsche Kreuzer „Emden" ist in Wilhelmshaven vom Stapel gelaufen.

* In Paris hat die Konferenz der interalliierten Finanzminister über die Kriegsschuldenregelung begonnen.

* Die der Deutschen Volkspartei angehörenden preußischen Minister Dr. von Richter und Dr. Boelitz haben ihr Amt niedergelegt.

Wo ist das Ziel?

Von politischer Seite wurde uns aus Berlin über die Lage der Regierungskrise am 7. Januar geschrieben:

Wie immer in parlamentarischen Krisen, kann man ja auch jetzt höchstens eine „Situationsmeldung" wagen um uns eines bei unseren früheren österreichischen Bundesgenossen sehr bekannten militärischen Ausdrucks zu bedienen. Und die Frage: was soll werden? wird alle fünf Minuten anders beantwortet.

Der Rücktritt der preußischen Minister v. Richter und Boelitz bedeutet praktisch das Ende der Großen Koalition in Preußen, die dort über drei Jahre gewaltet hat. Bedeutet aber auch außerdem das Ende, die Unmöglichmachung dieses Gedankens im Reich. Nach den Wahlen am 7. Dezember ist aber gerade dieser Gedanke, besonders durch die Linke (einschließlich Sozialdemokratie), aber auch durch Teile des Zentrums als die allein richtige Arbeitsmöglichkeit im Parlament betrachtet worden, weil allein durch sie eine genügend große Mehrheit hergestellt werden würde. Allerdings hätte das für die Deutsche Volkspartei einen Umfall bedeutet, hätte diese Partei in einen scharfen Gegensatz zu ihrer Politik der letzten Zeit gebracht, die am 29. August mit der Zusage an die Deutschnationalen, sie zur Regierung heranzuziehen, eingesetzt hat und von ihr mit erstaunlicher Konsequenz — erstaunlich, denn im Parlament ist das einzig Beständige der — Wechsel — durchgeführt wurde, bis zu dem Augenblick, da jetzt auch in Preußen die Große Koalition auseinanderbrach.

Kanzler Marx ist dieser Entwicklung gegenüber, die anscheinend fast stündlich in ein neues Chaos führt, sehr zurückhaltend, weil er das Ziel der Neubildung einer Regierung auf ganz anderem Wege verfolgt als über die Fraktionen hinweg.

In das Wort vom überparteilichen Kabinett ist die Art geprägt, wie er sich seine Helfer suchen will. An und für sich könnte das nicht gar so schwerfallen, wenn nicht die Klippe der Frage nach dem Vertrauensvotum das neugezimmerte Schiff bedrohen würde. Das wissen auch die Männer, die Marx heranziehen will; sie wissen aber auch, daß sie das Vertrauen selbst der ihr nahestehenden Fraktion nicht erhalten würden, wenn diese nicht vorher gefragt wird. Und da diese Fraktionen sich „grundsätzlich" oft genug und scharf genug festgelegt haben, schien, zunächst wenigstens, niemand es riskieren zu wollen, nach kurzfristiger Ministerherrlichkeit das Amt wieder einzubüßen, wenn das nun einmal von der Verfassung als notwendig vorgeschriebene Vertrauen der Mehrheit des Parlaments fehlte.

Eine solche Mehrheit könnte sich aber nur ergeben, wenn eine klare Scheidung der Geister zwischen rechts und links im Parlament vorhanden wäre. Aber sie ist nicht da, sondern die Scheidelinie geht mitten durch die Zentrumspartei, die sich aber immer geschlossen auf die eine oder die andere Seite stellt. Selbst aber wenn sich das Zentrum nach links wenden würde, gäbe es noch keine Mehrheit. Es kann dadurch eben höchstens eine Rechtsmehrheit verhindern, könnte durch eine Wendung nach rechts aber der Rechten zur Mehrheit verhelfen. Auch ein überparteiliches Kabinett Marx würde wahrscheinlich eine Mehrheit nur dann finden, wenn es einen Rechtscharakter trüge.

Es fragt sich aber, ob für die Unterstützung eines solchen Kabinetts durch das Zentrum eine sichere und zuverlässige Mehrheit da sein würde. Weil nämlich in der Zentrumsfraktion sozusagen alle Interessen aller verschiedenen Stände und Klassen zusammengeschmiedet sind, damit zugleich die Stände-Klassengegensätze. Weil aber nicht nur die staatspolitische Scheidungslinie der Geister, sondern auch die sozial-, finanz-, wirtschaftspolitische nun gerade mitten durch das Zentrum hindurchgeht, muß es parlamentarisch ein Bundesgenosse bleiben, auf den nicht in allen Lagen von irgendeiner Partei zu rechnen ist. Für Links nicht und für Rechts nicht. Bei der aus ein paar Dutzend Mann gebildeten Mehrheit, auf die es bei all dieser parlamentarischen Rechnerei allzuoft herauskommt, wird die Gefahr einer nicht unbedingten Zuverlässigkeit eine um so größere, als dann sofort das ganze Kabinett ins Wackeln, Rutschen und — Stürzen käme.

Ganz anders wäre die politisch-parlamentarische Situation — und der Druck unserer gegenwärtigen außenpolitischen Lage hilft dabei mit —, wenn man sich nicht mit der Bildung eines Kabinetts, und wäre es auch ein überparteiliches, begnügen würde, sondern wenn der mit der Neubildung des Kabinetts Beauftragte mit einem festen Programm, aber einem wirklich festen, unverrückbaren, vor die Ministerkandidaten hintreten würde. Dann hätte er rasch die, die er braucht und die mitmachen, weil das Ziel ihres außen- wie innenpolitischen, ihres finanz-, wirtschafts-, kulturpolitischen Wollens dasselbe ist. Auf das Ziel kommt es an, nicht so sehr auf die Einzelheiten. Aber gerade das geschieht nicht. Die Fraktionen sitzen in ihren Burgen und erschießen von den Türmen herab jeden, der sich nackt und bloß auf das freie Feld wagt und hilflos um sich blickt. Hier hilft nur der wohlgerüstete Angriff eines Mannes, der weiß, was er will. Und trotz aller „Prinzipien" und „Grundsätze" parteipolitischer Art nicht um Haaresbreite von seinem Wege abweicht, der ihn zu dem immer fest im Auge behaltenen Ziel führt.

Wo ist der Mann und wo ist das Ziel?

*

Loebe Reichstagspräsident.

Reichstag.

(2. Sitzung.) CB. Berlin, 7. Januar.

Der Reichstag nahm heute vor vollbesetztem Hause und vollbesetzten Tribünen die Wahl des Präsidiums des Reichstages vor. Der Regierungstisch war unbesetzt. Auf dem Platz des sozialdemokratischen Abg. Bernstein, der 75 Jahre alt geworden ist, liegt ein Rosenstrauß.

Die Sitzung begann mit einer Ansprache des Alterspräsidenten Bock, in der er des 75. Geburtstages des sozialdemokratischen Abg. Bernstein und des 70. Geburtstages des demokratischen Abg. Kopsch gedachte und ihnen unter allgemeiner Zustimmung die Glückwünsche des Hauses aussprach. Dann begann die

Wahl des ersten Präsidenten,

die durch die zeitraubende Art des Namensaufrufes und Zettelabgabe vorgenommen werden mußte. Dabei ergab sich die Anwesenheit von 447 Abgeordneten. Davon erhielt der sozialdemokratische Abg. Loebe 231 Stimmen, der damit gewählt ist, da die Mehrheit 224 Stimmen betrug. Der bisherige Präsident des Reichstags, der deutschnationale Abg. Wallraf, erhielt 112 Stimmen. Das Ergebnis der Abstimmung wurde von der Linken mit Beifall aufgenommen. Der Abg. Kardorff von der Deutschen Volkspartei erhielt 51 Stimmen, die übrigen sind zersplittert.

Ansprache des neuen Präsidenten.

Der Abg. Loebe, der die Wahl annahm, trat sofort sein Amt an mit einer Ansprache, in der er zunächst für das ihm erwiesene Vertrauen dankte. Im Gegensatze zu früher sei jetzt auch das Amt des Reichstagspräsidenten zum Kampfobjekt der Parteien geworden. Als eine vornehme Pflicht bezeichnete er dabei den Schutz der Minderheiten. Diese aber sei nur möglich, wenn die völlige Arbeitsfähigkeit und die Würde des Reichstags gewahrt blieben. Er würde bemüht sein, diese Arbeitsfähigkeit und Würde zu wahren, und erbat dazu die Hilfe der Abgeordneten. (Stürmische Zurufe bei den Kommunisten.) Der Reichstag, so fuhr der Präsident fort, stehe vor großen politischen Aufgaben. Er habe sich zu bemühen um die Aufhebung der ungerechtfertigten längeren Besetzung deutschen Landes, gegen die wir schon hier scharfen Protest erheben. (Lebhafter Beifall.) Wir werden wichtige wirtschaftliche Verhandlungen mit großen und kleinen Nachbarn führen. Wir werden den Reichshaushalt gründlich prüfen müssen. Dabei werden wir vor allem dafür zu sorgen haben, daß die Kriegsopfer, die Witwen und Waisen und die in der Inflationszeit enteigneten Kleinrentner vor dem Verhungern geschützt werden. (Rufe bei den Kommunisten: Aber von den politischen Gefangenen sagt er nichts.) Es könnte auch über die politischen Gefangenen und ihr Schicksal mit größerer Zuversicht gesprochen werden, wenn Ihr Auftreten (zu den Kommunisten) das nicht verhinderte. Der Präsident widmet dann den vor dem Zusammentritt des Reichstags verstorbenen Abgg. Düringer und Malkewitz Worte des Gedenkens. Er dankte schließlich unter dem Beifall des Hauses dem Alterspräsidenten Bock und dem früheren Präsidenten Wallraf für ihre Tätigkeit.

Bei der dann folgenden Wahl des ersten Vizepräsidenten wird von den Deutschnitionalen der Abg. Graef-Thüringen vorgeschlagen. Gegen die Wahl durch Zuruf wird seitens der Kommunisten Widerspruch erhoben, so daß auch diese durch Namensaufruf stattfinden muß. Das Ergebnis war die Wahl des deutschnationalen Abg. Graef-Thüringen, der 247 von 396 abgegebenen gültigen Stimmen erhielt. Die Gesamtzahl der abstimmenden Abgeordnete betrug diesmal 444. Der Zentrumsabg. Abgeordneten betrug diesmal 444. Der Zentrumsabg. Dr. Bell hatte 116 Stimmen erhalten. Der Abg. Graef nahm die Wahl an. Zum zweiten Vizepräsidenten wurde darauf durch Zuruf der Zentrumsabg. Dr. Bell und zum dritten Vizepräsidenten ebenfalls durch Zuruf der Abg. Dr. Rieffer von der Deutschen Volkspartei gewählt. Beide nahmen die Wahl an. Hierauf erfolgte die Wahl der zwölf Schriftführer, die ebenfalls durch Namensaufruf und Zettelabgabe geschah. Alle zwölf Schriftführer wurden in einem einheitlichen Wahlgange gewählt.

Es folgte darauf die Beratung des kommunistischen Antrages auf Haftentlassung und Einstellung des gerichtlichen Verfahrens gegen die Abgg. Heckert, Höllein, Urbahns, Pfeiffer und Rosenbaum. Der Zentrumsabg. Fehrenbach beantragte, den Antrag ohne Debatte dem Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen, oder, falls doch eine Debatte beabsichtigt ist, den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen. Dem widersprach der Kommunist Koehnen und beantragte, wenigstens die Begründung des Antrags zuzulassen. Darüber entspann sich dann eine längere Geschäftsordnungsdebatte, wobei der soz. Abg. Dittmann den Kommunisten zuredete, doch auf die Begründung zu verzichten, da es in erster Linie darauf ankomme, dafür zu sorgen, daß den verhafteten Abgeordneten ihr Recht wird.

Der Antrag wurde schließlich der Geschäftsordnungskommission ohne Debatte überwiesen. Der Präsident schlug vor, die nächste Sitzung morgen abzuhalten. Über die Tagesordnung zu dieser Sitzung entspann sich noch eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

*

Gerüchte und Vermutungen.

n. Berlin, 7. Januar.

——Die immer noch nicht beendete Regierungskrise im Reiche, neben die eine gleiche in Preußen getreten, ließ heute zahlreiche Gerüchte aufsteigen, schnell verschwinden und in geänderter Gestalt wiederkehren. So wollte man wissen, der Reichstag werde heute oder morgen wieder vertagt. Reichskanzler Marx werde den Auftrag zur Kabinettsbildung in die Hände des Reichspräsidenten als aussichtslos zurücklegen, hieß es von der einen Seite. Andere wollten wissen, eine ganz unvermutete Regierungszusammenstellung werde noch heute bekannt werden. Marx habe sich beim Reichspräsidenten angesagt. Gewisses konnte kein Mensch sagen. Ziemlich wahrscheinlich scheint es zu sein, daß das Zentrum die bisherige Regierung in Preußen stützen will, wenn über sie im Parlament entschieden wird. Bei allem übrigen handelte es sich, wie gesagt, um Vermutungen, denen die Tatsachen erst folgen müßten.

Richter und Boelitz zurückgetreten.

Das preußische Kabinett hat mit allen Stimmen gegen die Stimmen der beiden volksparteilichen Minister beschlossen, daß nach der Verfassung ein Rücktritt des Ministerpräsidenten und damit der übrigen Kabinettsmitglieder nicht zu erfolgen habe. Daraufhin haben die beiden volksparteilichen Minister Dr. von Richter und Dr. Boelitz ihren Austritt aus dem Kabinett erklärt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Reichshaushaltsplan für 1925.

Dem Reichstage ist der Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1925 zugegangen. Er schließt in Einnahme und Ausgabe für die allgemeine Reichsverwaltung mit 5 947 202 281 und für die Kriegslasten mit 14 385 356 Reichsmark ab. Die Einnahmen für die allgemeine Reichsverwaltung werden im ordentlichen Haushalt auf 5 513 787 899 Reichsmark, die fortdauernden Ausgaben auf 5 328 944 449 Reichsmark, die einmaligen Ausgaben auf 184 843 450 Reichsmark angesetzt.

Aufwertungsfragen bei Reichsanleihen.

Für Freitag dieser Woche sind Vertreter der Bankwelt in das Reichsfinanzministerium geladen worden. Die Besprechung soll ausschließlich der Beratung banktechnischer Fragen dienen, die gegebenenfalls bei einer Aufwertung der in früheren Jahren erworbenen Stücke der Reichsanleihen von Bedeutung werden könnten. Eine Entscheidung ist in der Aufwertungsfrage im Reichsfinanzministerium bislang nicht getroffen worden, auch das Reichskabinett hat bisher keine Entschließung gefaßt.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

Im Auswärtigen Amt in Berlin fand die Eröffnungssitzung der deutsch-polnischen Verhandlungen über den Abschluß eines vorläufigen Wirtschaftsabkommens statt. Der deutsche Bevollmächtigte Ministerialdirektor Wallroth und der polnische Bevollmächtigte Stanislas Karlowski wiesen in ihren Ansprachen auf die Notwendigkeit der Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten hin und gaben der Hoffnung auf einen günstigen Verlauf der Verhandlungen Ausdruck.

Demokratische Anfrage über Brotversorgung.

Die demokratische Landtagsfraktion in Preußen hat eine große Anfrage eingebracht, in der es heißt: „Hat die Staatsregierung Kenntnis von den Plänen des Reichslandbundes, unter Ausschaltung des alteingesessenen gewerblichen Mittelstandes die Brotversorgung, zunächst in Groß-Berlin, zu monopolisieren? Welche Maßnahmen beabsichtigt die Staatsregierung zu ergreifen, um die Schaffung eines derartigen Monopols zum Schaden der Bevölkerung im allgemeinen und der betroffenen Kreise des gewerblichen Mittelstandes im besonderen zu verhindern?" — Im weiteren will die Anfrage wissen, in welcher Weise die öffentlichen Kredite für die angeblichen Pläne in Anspruch genommen würden.

Frankreich.

× **Die Finanzministerkonferenz.** Die einleitenden Besprechungen zu der jetzt eröffneten Konferenz der Finanzminister der kriegsalliierten Staaten begannen bereits einen Tag vorher. In der Hauptsache wird sich die Konferenz mit der Regelung der interalliierten Schulden befassen, wobei das Verhältnis zwischen Amerika und Frankreich die wesentlichste Rolle spielt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Führer der Demokratischen Partei, Staatsminister a. D. Erich Koch, hat sich mit Fräulein Dr. Irma von Blanquet, Tochter des Generals von Blanquet, verlobt.

Mannheim. Die angekündigte Gründung der badisch-pfälzischen Luftverkehrs-A.-G. mit 500 000 Mark Stammkapital ist erfolgt.

München. Oberlandesgerichtsrat Pöhner hat am 5. Januar seine Strafe angetreten.

Rendsburg. In der geheimen Sitzung der Landessynode wurde Konsistorialrat Völkel (Itzehoe) zum Bischof von Schleswig, Bischof Mordhorst (Kiel) zum Vorsitzenden der Kirchenregierung gewählt.

Rom. In dem unter dem Vorsitz Mussolinis abgehaltenen Ministerrat wurde beschlossen, die auf unbestimmte Zeit vertagte Kammer bereits am 12. Januar wieder zusammentreten zu lassen.

Warschau. In Krakau drang die Polizei in ein Vereinslokal jüdischer kommunistischer Jugend ein und verhaftete dort 60 Personen. Hiervon wurden zehn dem Bezirksgericht eingeliefert.

Deutschlands Luftverkehr.

Gegenseitigkeit, aber — Überwachung.

Wie aus Paris gemeldet wird, schickt die Botschafterkonferenz in den nächsten Tagen eine Note an Deutschland mit bestimmten Vorschlägen über die Regelung des internationalen Luftverkehrs ab. Bekanntlich hatte die Botschafterkonferenz am 14. April 1922 Deutschland auf dem Gebiete der Luftschiffahrt neue Beschränkungen auferlegt. Deutschland hat den alliierten Flugzeugen das Überfliegen deutschen Gebietes untersagt, solange nicht Deutschland die Gegenseitigkeit zugestanden werde. Mit England wurde ein dreimonatlich kündbares Sonderabkommen getroffen. Am 10. Januar 1925 fallen nun auch alle Beschränkungen für Deutschland fort. Die Botschafterkonferenz hat beschlossen, Deutschland die gewünschte Gegenseitigkeit zu gewähren. Dagegen wird die Kontrollkommission in Berlin dahingehend instruiert werden, den deutschen Flugzeugbau aufs schärfste zu überwachen.

Dr. Trendelenburg in Berlin.

Die Krisis der deutsch-französischen Verhandlungen.

Berlin, 7. Januar.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg ist auf Aufforderung der Reichsregierung aus Paris nach Berlin gekommen, um mit dem Kabinett sowohl über den von der französischen Regierung vorgeschlagenen „modus vivendi" als auch über die anderen Schwierigkeiten, die sich bei den Wirtschaftsverhandlungen ergeben haben, zu sprechen. Dr. Trendelenburg, der bekanntlich Vorsitzender der deutschen Wirtschaftsdelegation ist, hofft, bereits Freitag wieder in Paris sein zu können. Trotz seiner Abreise aus Frankreich haben die deutsche Delegation und die Sachverständigen ihre Arbeiten fortgesetzt . Die französischen Zeitungsmeldungen von einem bereits erfolgten vollständigen Abbruch der Verhandlungen werden sowohl von französischer als auch von deutscher Seite bestritten. Dr. Trendelenburg betonte vor seiner Abreise ausdrücklich, daß es unrichtig sei, politische Fragen wie die Frage der Besetzung Kölns mit dem augenblicklichen Stand der Verhandlungen in unmittelbaren Zusammenhang zu bringen; die deutsche Delegation habe sich bisher nur von wirtschaftlichen Interessen leiten lassen.

Dr. Trendelenburg brachte nach Berlin französische Vorschläge zu dem von Frankreich gewünschten Entwurf eines provisorischen Abkommens mit. Es handelt sich um drei Denkschriften des französischen Handelsministers. Das erste Schriftstück enthält die Forderung, daß für die Übergangsperiode Elsaß-Lothringen ein freies, wenn auch gegenüber dem jetzigen Zustand vermindertes Einfuhrkontingent in Deutschland eingeräumt werden soll. In der zweiten Denkschrift werden die Maximalzollsätze dargelegt, die Frankreich für seine Eisenindustrie anzunehmen in der Lage wäre, und das dritte Schriftstück enthält eine Liste derjenigen Produkte, für die Frankreich eine Herabsetzung der augenblicklich geltenden Zollsätze verlangt.

Antwort zur Räumungsnote überreicht

Bestimmte Angaben gefordert.

Nachdem das Reichskabinett über die alliierte Note betreffend die Räumungs- und Entwaffnungsfrage Beschluß gefaßt hat, ist die deutsche Antwort auf die Note den Berliner alliierten Missionschefs zugestellt worden. Die Note wird voraussichtlich Donnerstag veröffentlicht werden.

Man nimmt an, daß die deutsche Antwortnote ihr Hauptgewicht darauf legt, von den Alliierten schleunigst bestimmte Angaben über die angeblichen deutschen Verfehlungen zu erlangen. Sobald die in der deutschen Antwortnote geforderten bestimmten Angaben der Alliierten in Berlin eingetroffen sein werden, soll dann der Auswärtige Ausschuß zusammenberufen werden, um über die weiteren Maßnahmen zu beraten.

Eine englische Stimme.

Die „Westminster Gazette" schreibt zu der Note der Alliierten u. a.: „Der Eindruck, den die Note an die deutsche Regierung über die Räumung Kölns hinterläßt, ist ein äußerst roher. Ganz gleich, welche Regierung in Deutschland herrschte, mußten die Entwaffnungsparagraphen bestimmt nach der einen oder anderen Richtung hin verletzt werden. Das war anders gar nicht möglich. Und so haben die Alliierten sich für immer die Ausrede geschaffen, daß die Bedingungen des Vertrages nicht erfüllt worden seien. Unglücklicherweise hat die jetzige Regierung diese Ausrede dazu benutzt, in einem Dokument, das ebenso läppisch wie unaufrichtig erscheint, die Anschuldigungen gegen Deutschland zu erheben. Will sie die beabsichtigte Handlungsweise der Alliierten nach dieser Note beurteilen, dann besteht überhaupt kein Grund mehr, weshalb die Besetzung nicht für alle Zeiten beibehalten werden soll. Die Entwaffnungsparagraphen sind stets eine schändliche Unaufrichtigkeit gewesen."

Stapellauf des Kreuzers „Emden".

Wilhelmshaven, 7. Januar.

Beim Stapellauf des neuen Kreuzers „Emden" hielt der Chef der Marineleitung, Admiral Zenker, die Taufrede. Den Taufakt selbst vollzog die Witwe des verstorbenen ruhmreichen Kommandanten des ersten Kreuzers „Emden", Frau von Müller.

„Emden" soll hauptsächlich verwendet werden zu Reisen ins Ausland. Der Gefechtswert der deutschen Flotte ist natürlich nach wie vor gleich Null; sie besteht nur aus sechs Linienschiffen, sechs Kreuzern und einigen Torpedobooten, während alle neuzeitlichen Kampfmittel, wie Unterseeboote usw. verboten sind. Die wenigen Schiffe, die Deutschland durch den Friedensvertrag verblieben sind, sind bereits um das Jahr 1900 vom Stapel gelaufen. Der Kreuzer „Emden" wurde gebaut, weil die Zahl der erlaubten Kriegsschiffe nicht erreicht war. Lange hat der Stapellauf auf sich warten lassen. Seit fünf Jahren wird an dem Kreuzer gebaut. Sein eigentlicher Zweck soll darin bestehen, für handelspolitische und wissenschaftliche Aufgaben der Reichsmarine verwendet zu werden. Seine Wasserverdrängung beträgt 6000 Tonnen. Die Bestückung besteht aus acht 15-Zentimeter-Geschützen.

Der Reichspräsident hat dem Chef der Marineleitung folgendes Telegramm zugehen lassen: „Zum Stapellauf des Kreuzers „Emden" sende ich herzlichste Glückwünsche und Grüße. Möge der Geist opfermutiger Vaterlandsliebe und seemännischer Tüchtigkeit, der die alte „Emden" beseelte, auch auf diesem Schiffe fortleben, möge dem jüngsten Glied unserer aufstrebenden Reichsmarine allzeit glückliche Fahrt beschieden sein."

Rund um die Finanzskandale.

s. **Berlin**, 7. Januar.

Barmat-Kutisker-Michael! Die drei Namen müssen immer wieder zusammen genannt werden, obwohl die Zusammenhänge nur lose sind. Durch die Barmats ist Kutisker ein wenig in den Hintergrund gedrängt worden, aber er darf darum nicht vergessen werden, und die Staatsanwaltschaft sorgt schon dafür, daß er in Erinnerung gebracht wird. In seiner Sache sind wieder neue Haftbefehle ergangen. Sie betreffen einen Ingenieur Feldt und zwei Beamte der Staatsbank, die Herren Blodow und Kersten, die bereits zu Beginn der ganzen Angelegenheit festgesetzt worden sind.

Im Sande verlaufen ist dagegen die Sache Michael. Es war gegen diesen angeblich reichsten Mann Deutschlands tatsächlich eine Art Voruntersuchung eröffnet worden, aber sie soll jetzt endgültig eingestellt worden sein. Man hatte Michael Zinswucher vorgeworfen, aber es hat sich herausgestellt, daß die einst von ihm geforderten Zinssätze sich in nichts von den damaligen Zinsforderungen der Großbanken unterschieden und darum unanfechtbar waren. Jakob Michael hat den Verlauf der Untersuchung in der Schweiz abgewartet. Er könnte jetzt also ruhig und furchtlos von dort zurückkehren, aber er zieht es vor, noch länger in den Alpen zu bleiben und seinen „Erholungsurlaub" bis zu Ende zu genießen.

Und nun die Barmats! Von den Ergebnissen der Vernehmung, der sie gegenwärtig unterworfen werden, sickert nichts durch. Aber es ist etwas Wichtiges geschehen: Gegen die drei Brüder Julius, Hermann und Isaak Barmat ist jetzt richterlicher Haftbefehl ergangen, während der vierte Bruder, Salomon Barmat, wegen seines ungünstigen Gesundheitszustandes und weil Fluchtverdacht nicht besteht, aus der Haft entlassen wurde. Gegen alle vier Brüder sowie gegen eine Anzahl anderer Personen, Ministerialdirektor Kautz, Oberfinanzrat Hellwig, Finanzrat Rühe usw., wurde von der Staatsanwaltschaft Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung beantragt. Julius Barmat, das Haupt der Familie, soll trotz alledem recht zuversichtlich in die Zukunft blicken. Er hat seinen gesamten holländischen Besitz zur Deckung der Verbindlichkeiten bei der Preußischen Staatsbank zur Verfügung gestellt, erklärt aber nach wie vor, daß er nur dann frei disponieren könne, wenn er aus der Haft entlassen würde. Er hat im übrigen noch immer Freunde, die ihm beispringen und seinem Konzern finanzielle Hilfe leisten wollen. Die Staatsanwaltschaft läßt sich durch alle diese Nachrichten nicht verwirren und beirren und geht ihren Untersuchungsweg unentwegt weiter. Und da man schon einmal untersucht, soll die Untersuchung, die bei der Preußischen Staatsbank einsetzte, auch auf die leichtsinnige Kreditgewährung anderer Kreditinstitute ausgedehnt werden. Es gab deren mehrere, die „bedürftige" Ausländer mit Geld geradezu überschütteten, und die nun das Nachsehen, was in diesem Falle „Verluste" bedeutet, haben, während die glücklichen Geldempfänger herrlich und in Freuden leben. Wenn sich hier Wandel schaffen läßt, werden die Barmats sich mindestens indirekt „Verdienste" zuschreiben dürfen.

Es muß schließlich noch erwähnt werden, daß — was ja beinahe selbstverständlich ist — die Barmatsache hier und da auch politisch ausgebeutet wird. Man hat z. B. dem Reichspräsidenten den Vorwurf gemacht, daß er den Barmats irgendeinmal ein Empfehlungsschreiben mit auf den Weg gegeben habe. Da sich die Angriffe häuften, sah sich der Reichspräsident genötigt, öffentlich zu erklären, daß er mit den Barmats weder früher noch jetzt etwas zu tun gehabt habe. Eine ähnliche Erklärung erläßt für seine Person der preußische Innenminister Severing, den man gleichfalls mit den Barmats in Verbindung gebracht hatte. Wahr ist nur, daß die Brüder Barmat politisch der Sozialdemokratie nahestanden.

*

Die Deutschnationalen zur Staatsbankaffäre.

Berlin, 7. Januar. Die Deutschnationale Reichtagsfraktion hat im Reichstage einen Antrag eingebracht, der die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Sachen Kutisker, Barmat und Michael fordert. Es soll untersucht werden, inwieweit in den „Affären" durch Kreditgewährung aus öffentlichen Mitteln oder sonstige Vorschußleistungen das Reichsinteresse geschädigt worden ist und welche Personen und amtlichen Stellen für diese Vorkommnisse verantwortlich oder in sie verwickelt sind.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 9. Januar 1925.

☐ **Wichtig für Lohnsteuerzahler und -ablieferer.** Bei der Ablieferung der vom 1. bis 10. Januar einbehaltenen Steuerabzüge bei Lohn- und Gehaltszahlungen beträgt der steuerfreie Lohnbetrag nicht mehr 12, sondern 15 Mark. Die Erhöhung auf 15 Mark war in der Steuermilderungsverordnung vom 10. November 1924 in § 2 vorgesehen und ist in § 3 vorbehaltlich „einer anderweitigen Regelung der Einkommenbesteuerung" über den 31. Dezember 1924 hinaus verlängert. Da diese „anderweitige Regelung" inzwischen noch nicht erfolgte, gilt als steuerfreier Lohnbetrag auch für Dienstleistungen im Januar 1925 diese Steuermilderung. Jeder Arbeitnehmer, für welchen im Kalenderjahre 1924 Steuermarken geklebt wurden, muß im Monat Januar 1925 die Markenblätter dem Finanzamt einreichen, in dessen Bezirk er am 10. Oktober 1924 seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und gleichzeitig die Nummer seiner Steuerkarte für 1925 und die Behörde, die diese ausstellte, angeben. Die Einlieferungspflicht kann erzwungen werden, und die Versäumnis kann zur Bestrafung nach § 377 der Reichsabgabenordnung führen. Jeder Arbeitgeber, auch derjenige, der die Steuerabzüge überweist, muß durch Anschlag in den Arbeits- und Geschäftsräumen seines Unternehmens auf die Verpflichtung der Arbeitnehmer zur Einreichung der Markenblätter hinweisen. Dagegen brauchen die Überweisungs-

Der Siebente.

Roman von Elsbeth Borchart.

66) (Nachdruck verboten)

„Auslöschen, Liebste? Nein, diese Stunde soll uns verbinden für alle Ewigkeit."

„Das kann und darf nicht sein!" schrie sie gefoltert auf.

„Warum darf es nicht sein?" fragte er und nahm ihre Hand in die seine; sie waren eiskalt, die schlanken Finger. Er drückte sie an seine Lippen und dann an sein Herz.

„Günter — wie soll ich diesen Treubruch — —"

„Ist es das, was dich quält, Liebling?" unterbrach er ihren schmerzlichen Ausruf. „Günter verlangt eine Treue, die dein Herzensglück zerstört, nicht, dessen kannst du sicher sein. Ich meine sogar, er würde unseren Herzensbund segnen, wenn er herabschauen könnte. Und wir beide werden sein Andenken stets heilig und in Ehren halten."

„Und die Kinder?" wandte sie bebend ein. „Werden sie es nicht als Kränkung für ihren verstorbenen Vater ansehen, wenn ihre Mutter —"

„Die Kinder lieben mich!"

„Wohl — als ihren Lehrer. Doch ich kenne meinen Jungen; er wird seine Mutter vielleicht darum gar —"

„Du beängstigst dich um Phantome, Lieb", beschwichtigte er und zog die nur schwach Widerstrebende an sich und küßte sie. „Ich glaubte, du würdest das Urteil der Welt fürchten, Anstoß an meiner Stellung nehmen, von deiner Höhe nicht herabsteigen wollen, und nun sehe ich, daß du nur tiefinnerliche Bedenken hast. Das erhöht meine Liebe und Hochachtung für dich, wenn eine Steigerung meiner Gefühle überhaupt noch möglich ist. Geliebteste, ich verlange kein Opfer von dir. Ich will dir etwas sagen, was alle deine Zweifel und Bedenken mit einem Schlage vernichten wird — ich will dir sagen, daß ich —"

„Hörtest du nicht Stimmen?" fiel sie ihm mit allen Zeichen ängstlichen Erschreckens ins Wort und befreite sich aus seinen Armen. „Da kommen sie alle beide — Eberhard, Karl Heinz. Was soll ich ihnen sagen — wie soll ich sie vorbereiten?"

Er warf ihr einen ermutigenden Blick zu, und sah dann den Knaben entgegen, die in jugendlichem Ungestüm den Weg heraufgerannt kamen.

„Mutti," rief Eberhard schon von weitem, „wo steckst du eigentlich? Wir haben dich gesucht, und" — er stand jetzt vor ihr und sah sie an — „was hast du, Mutti? Du siehst so anders aus — so, als hättest du soeben etwas besonderes erlebt!" Seine Blicke wanderten von ihr zu dem geliebten Lehrer hin. „Hat Herr Seeger etwa versprochen, zu — zu bleiben?"

Ein schwerer Atemzug kam aus Waltrauts Brust.

„Ja, Eberhard," antwortete sie; aber sie hatte es noch kaum ausgesprochen, als beide Knaben mit einem Jubellaut auf Seeger losstürzten und dessen Hände drückten. Angst und Aufregung schnürten Waltraut fast die Kehle zu.

„Herr Seeger will aber nur — unter einer Bedingung bleiben," kam es gequält über ihre Lippen.

„Unter welcher, Mutti?" rief Eberhard und kehrte zu seiner Mutter zurück. „Nenne sie uns, und wir werden sie erfüllen."

Waltraut warf einen Blick zu Seeger hin, um sich Mut zu holen zu dem, was jetzt kommen mußte. Und sie fand ihn an seinem leuchtenden Blick.

„Herr Seeger will nur bleiben als — als — euer Vater."

Es war, als ob der Blitz plötzlich in die Knaben gefahren wäre, so starr und stumm standen sie. Dann zuckte Eberhards Körper wie im Krampf, sein Gesicht verzerrte sich.

„Nicht das — nicht das, Mutti!"

Mit einem erschütternden Aufschrei sank Eberhard seiner Mutter vor die Füße.

Seeger sprang hinzu und hob den leidenschaftlich erregten Knaben auf.

„Eberhard, glaubst du, daß das Andenken deines Vaters dadurch geschmälert würde? Deine Mutter und ich werden es heilig halten, wie du es allezeit heilig halten darfst und sollst."

Eberhard antwortete nur mit einem Schluchzen.

„Oder, fuhr Seeger fort, „willst du mich nicht als deinen Vater anerkennen, weil ich nicht — deinesgleichen bin? . . . . . Hast du nicht längst die Vorurteile begraben, und den Mann und Menschen in mir, der unabhängig von Namen und Stand ist, schätzen gelernt? Hast du mir nicht gestanden, daß du mich lieb hast u. mich hierhalten wolltest um jeden Preis?"

Der Knabe fand noch immer keine Worte.

Da zog Waltraut ihren Jungen an sich.

„Weißt du nicht noch, Eberhard, was du einst gelobtest, du wolltest dem Manne, der deine Mutter gesund gemacht hat, lieben, und ihm danken dein Leben lang? Sieh hier, hier steht der Mann, ihm verdanke ich Gesundheit und auch das Leben."

Aufs höchste überrascht, sah Eberhard jetzt auf.

„Wie das?" fragte er bebend.

„Das erzähle ich dir ein andermal. Laß dir vorläufig an dieser Tatsache genügen. Und noch eins, Eberhard: dein Widerstand würde mich tief, tief betrüben, aber — er kann meinen Entschluß nicht ändern. Ich — liebe Herrn Seeger und — werde ihm trotz aller Hindernisse angehören."

„Waltraut!"

Es war ein Ausruf so voll von Bewunderung u. glühendster Verehrung, der Seeger jetzt entfuhr. War das noch das schwache, zagende Weib von ehedem? Wie stark mußte ihre Liebe zu ihm sein, daß sie sie, trotz ihres geliebten Sohnes Widerstand, bekannte und fest blieb!

Er nahm ihre Hand und drückte sie an sein hochklopfendes Herz.

Eberhard fuhr empor. Es war ihm, als müßte er sich gegen diese Vertraulichkeit Seegers seiner Mutter gegenüber wehren, aber er war noch ganz verdutzt von ihren Worten, und als er jetzt aufsah zu den beiden, als er ihren Blicken begegnete, und darin eine stumme und doch beredte Bitte las, gab es ihm einen förmlichen Ruck. Er ging auf Seeger zu und streckte ihm die Hand hin.

„Keinem würde ich meine Mutter gönnen und auch keinem den Platz, den mein verstorbener Vater einnahm; aber dir — dir verdanke ich es, daß ich meine Mutter gesund habe, und für vieles, vieles andere habe ich dir noch zu danken. Du hast mich gelehrt, Titel und Rang gering zu achten gegenüber dem inneren Wert des Menschen, du hast mich dich lieben und hochachten gelehrt, und — ich habe mir geschworen, dich hier zu halten um jeden Preis. Der Preis ist hoch, aber ich — zahle ihn."

(Fortsetzung folgt)

blätter, Nachweisungen und Zusammenstellungen weder vom Arbeitgeber noch vom Arbeitnehmer eingereicht zu werden.

—* **75 Jahre Oberpostdirektion.** Bis zum Jahre 1850 wurde die Verwaltung des gesamten Postwesens durch das Generalpostamt in Berlin geregelt. Hieraus geht hervor, wie gering damals der Postverkehr gewesen ist. Durch die Ausdehnung des Eisenbahnnetzes steigerte sich der Verkehr derart, daß der gesamte Betrieb von der Zentralbehörde in Berlin aus nicht mehr übersehen werden konnte. Durch eine Verordnung aus dem Monat September 1849 wurde die Verwaltung des Postwesens umgestellt. Es wurde am 1. Jan. 1850 in jeder altpreußischen Provinz eine Oberpostdirektion — im ganzen 26 — eingerichtet. Diesen waren sämtliche Verkehrsanstalten untergeordnet. Durch den Uebergang des Postwesens auf das Reich vergrößerte sich die Zahl der Oberpostdirektionen. Vor dem Kriege waren es 41 und heute sind es nach Abtretung verschiedener Gebietsteile noch 36.

& **Halver,** 9. Jan. Der erste Monat des neuen Jahres hat die Eigentümlichkeit, das er 5 Mondphasen hat, während die Regel ist, daß es ihrer nur 4 in einem Monate sind. Dieses Mal ist es das erste Viertel, das zweimal eintritt, wir haben dasselbe am 2. Januar gehabt, und es kommt am letzten Tage des Monats Samstag den 31. Januar, wieder.

= **Kierspe-Bhf.,** 8. Jan. Der hiesige Imkerverein hielt am vergangenen Samstag im Hotel Bastian seine Monatsversammlung ab, wozu die Mitglieder zahlreich erschienen waren. Es fand eine Verlosung statt. Zahlreiche Gewinne waren gestiftet. Der Hauptgewinn bestand aus der „Schwäbischen Wachskanone." Dieselbe soll jedoch bis zum 1. August im Besitze des Vereins bleiben. Zum Einsammeln der Beiträge wurden Artur Ebinghaus und Julius Kleine gewählt. Die nächste Versammlung findet am 7. Februar, abends 6 Uhr im Hotel Bastian statt. In derselben wird Herr Osenberg einen Vortrag halten über die Frühjahrsarbeiten an den Bienen.

= **Kierspe-Bhf..** 8. Jan. Die am Sonntag stattgefundene jährliche Hauptversammlung der Börlinghauser Schweineversicherung war leider sehr schlecht besucht. Die 3 Punkte umfassende Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: 1. Die Jahresrechnung wurde von Otto Cordt und August Schöttler geprüft und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. 2. In den Vorstand wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. 3. Für jedes versicherte Schwein soll ein Beitrag von 1,50 Mark erhoben werden. Eintrittsgeld 1,— Mark. Für verendete Schweine sollen demnächst vergütet werden: bis 30. Pfd. Mk. 1.—, bis 40 Pfd. Mk. 0,90, bis 50 Pfd. Mk. 0,80, bis 60 Pfd. Mk. 0,70, bis 70 Pfd. Mk. 0,60, über 80 Pfd. Mk. 0,50 pro Pfund ohne jeden Abzug. Da weitere Anträge nicht gestellt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

* **Meinerzhagen,** 7. Januar. An dem Hause der Ww. Carl Aug. Wernscheid stürzte gestern morgen, wohl infolge der starken Regenfälle in den letzten Tagen, ein Teil einer Seitenmauer ein. Der Schaden ist erheblich, da die ganze Seitenwand abgebrochen und neu aufgeführt werden muß.

* **Lüdenscheid,** 7. Jan. Der Stand der Einwohnerzahl der Stadt Lüdenscheid hat sich im vergangenen Jahre von 32 412 Personen auf 32 856 erhöht. Die Zunahme beträgt also ausgerechnet 444 Personen.

= **Lüdenscheid,** 7. Jan. Abends gegen 10 Uhr wurde in der vorderen Bahnhofstraße eine Frau von einem unbekannten Burschen überfallen, wobei ihr die Handtasche entrissen wurde.

Lüdenscheid, 7. Jan. Kommunistischer Redakteur wider Willen. Der Stadtverordnete Lehrer Gustav Schneider in Hagen hatte als verantwortlicher Redakteur der „Roten Tribüne" im Jahre 1921 den Gewerkschaftssekretär Fischer hier durch die Presse beleidigt und war verklagt worden. Der Prozeß ruhte bis jetzt, weil Schneider der als Landtagsabgeordneter sein Immunität geltend machte. Nachdem er sein Mandat verloren hat fand nunmehr die Verhandlung statt. In dieser erklärte der Beklagte, daß er den Inhalt der in Frage stehenden Artikel überhaupt nicht kenne, man habe ihn seinerzeit ohne sein Wissen und Willen zum Redakteur der „Roten Tribüne" gemacht. Beweisaufnahme widerlegte die beleidigenden Behauptungen vollkommen. Schneider gab unter Uebernahme aller Kosten eine weitreichende Ehrenerklärung ab, worauf die Klage zurückgenommen wurde.

Lüdenscheid, 8. Jan. Nach Paris berufen. Zu den voraussichtlich Ende dieser Woche beginnenden Handelsvertragsverhandlungen über die die Metallwaren-Industrie interessierenden Zolltarif-Positionen sind als Sachverständige der Metallwaren-Industrie auf Anregung des Reichsbundes der Metallwaren-Industrie neben einigen anderen auch die Herren Walter Noelle und Ernst Nolte nach Paris berufen worden.

Hagen, 7. Jan. Tagung westfälischer Fortbildungsschulmänner. Der Verein zur Förderung des Fortbildungsschulwesens in der Provinz Westfalen hielt hier eine inhaltreiche Tagung ab. Rektor und Berufsschulrevisor Ohberg (Münster) erstattete den Jahresbericht. Dieser stellt eine wirksame und befruchtende Auflebung des westfälischen Fortbildungsschulvereins fest. Redner betonte die Notwendigkeit, auch weiterhin Kurse und Lehrgänge zur Ausbildung der Lehrer durch Geldmittel zu unterstützen. Für die nächsten Wahlen wurden als Kandidaten Steinkühler (Hagen), Wurm (Lüdenscheid), Dr. Janning (Münster) usw. vorgeschlagen. Die nächste Hauptversammlung soll am 14. und 15. April in Recklinghausen oder Bielefeld stattfinden. Der Verein wird in diesem Jahre wieder die staatlichen Lehrgänge unterstützen und Kurse für ländliche Schulen einrichten, wofür 1000 Mark ausgeworfen wurden. Ausgiebig wurde die Eingabe der Handwerkskammer Münster besprochen, die sich besonders mit der Vertretung des Handwerks in den Kuratorien befaßte. Auch die Frage der Schulgeldbeiträge wurde erörtert.

* **Hagen,** 7. Januar. Durch das Hochwasser hatte in den letzten Tagen unser Leitungswasser einen eigenartigen Geschmack. Es war in gesundheitlichem Interesse mit Chlor durchsetzt worden, bis bei Nachlassen des Hochwassers die Filtrieranlage wieder in Tätigkeit treten konnte.

* **Siegen,** 7. Jan. Das Hochwasser ist hier zurückgegangen. Leider hat es auch ein Opfer gefordert; in der Nähe des Sieghütter Eisenwerks ist der neunjährige Sohn eines Oberschaffners in die Sieg gestürzt und von den reißenden Wellen fortgetrieben worden. Er hatte mit Kameraden Holzstücke aus dem Fluß holen wollen und war von einem Balken mitgerissen worden. Die Leiche ist bisher nicht gefunden worden.

Nah und Fern.

○ **Glatte Ausfahrt der Ozeandampfer.** Die Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung teilt mit, daß sämtliche Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd ungeachtet des stürmischen Wetters ihre Ozeanfahrten zu den festgesetzten Zeiten angetreten haben. Irgendwelche Behinderungen durch die Stürme sind nicht gemeldet worden.

○ **Die Heirat im Gefängnis.** Im Berliner Untersuchungsgefängnis ereignete sich der ungewöhnliche Fall einer Heirat im Gefängnis. Ein Buchdrucker Kaiser aus Schöneberg wurde kurz vor Weihnachten vom Schwurgericht des Landgerichts I wegen versuchten Totschlags an einem Schupobeamten zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Kaiser richtete nun durch seinen Rechtsanwalt an den Untersuchungsrichter das Gesuch um Erlaubnis zu seiner Heirat im Gefängnis, da seine Braut der Niederkunft entgegengeht. Die Erlaubnis wurde erteilt. Ein Gefängnisbeamter und der Rechtsanwalt Dr. Schwindt fungierten bei der Hochzeit im Gefängnis als Zeugen.

○ **Unter dem Verdacht des Gattenmordes.** Eine in Leipzig-Lindenau wohnhafte geschiedene Buchbinderehefrau Frida Schmedel wurde tot in ihrem Bett aufgefunden. Es wurde Gasvergiftung festgestellt. Wegen dringenden Verdachtes der Täterschaft wurde der geschiedene Ehemann, der Buchbinder Schmedel, verhaftet, der schon oft seine Ehefrau mit dem Tode bedroht hatte.

○ **Ein Auto die Böschung hinuntergestürzt.** In der Nähe von Langendorf bei Weißenfels kam das Auto der Benditzer Mühlenwerke ins Schleudern und stürzte die Böschung hinunter. Der Chauffeur Weidenbach wurde von dem Wagen totgedrückt, der Kaufmann Pötzsch kam mit leichten Verletzungen davon.

Börse und Handel.

* **Berliner Börsenbericht vom 7. Januar.** Die allgemeine Stimmung war ausgesprochen optimistisch; die Börse erhielt Anregungen aus den Berichten der Handelskammern, die auf eine langsame aber stetige Sanierung unseres Wirtschaftslebens hinweisen, sodann gingen Gerüchte über günstige Goldmarkumstellungen um, ferner soll die Geschäftslage in der Kaliindustrie zurzeit besonders günstig sein. Alles Momente, die stimulierend wirkten und in einer allgemein festeren Haltung ihren Ausdruck fanden. Lediglich Kriegsanleihe und ältere heimische Anleihen waren vernachlässigt und neigten zur Schwäche, überhaupt gab es am Markt der Anleihen stärkere Schwankungen: so eröffnete beispielsweise Kriegsanleihe mit 915 Milliarden, um über den hohen Zwischenkurs von 950 auf 905 zurückzugehen.

* **Die Berliner Devisenbörse vom 7. Januar** nennt amtlich: Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 19,99—20,04; holl. Gulden 170,29—170,71; Danz. 79,30—79,50; franz. Frank 22,64—22,70; belg. 20,94—21,00; schweiz. 81,72 bis 81,92; Italien 17,71—17,75; schwed. Krone 112,96 bis 113,24; dän. 74,28—74,46; norweg. 63,87—64,03.

* **Keine Erhöhung des Kohlenpreises.** Zu den Meldungen, daß für die Tagung des Reichskohlenrates am kommenden Freitag verschiedene Anregungen auf Erhöhung des Kohlenpreises vorliegen sollen, hört die Deutsche Bergwerkszeitung, daß im Ruhrbergbau Anträge auf Preiserhöhung nicht gestellt werden.

* **Amtlicher Schlachtviehmarkt.** Berlin, 7. Januar 1925. Auftrieb: Rinder 2018, darunter Bullen 591, Ochsen 431, Kühe und Färsen 996, Kälber 3195, Schafe 4549, Schweine 9472, Ziegen 20, Schweine aus dem Ausland 866. Preise: Ochsen a) 50—55, b) 44—48, c) 40—43, d) 35—38; Bullen a) 48—50, b) 44—46, c) 39—42; Kühe und Färsen a) 48—53, b) 40—45, c) 33—38, d) 27—30, e) 20—25; Fresser 35—41; Kälber a) —,—, b) 95—105, c) 70—85, d) 55—65, e) 40—50; Stallmastschafe a) 42 bis 50, b) 35—40, c) bis 32; Schweine a) 77, b) 75—76, c) 72 bis 74, d) 69—71, e) 65—68, f) bis 64; Säue 65—67; Ziegen 20—25. Marktverlauf: Bei Rindern ziemlich glatt, bei Kälbern, Schafen und Schweinen ruhig, ausgesuchte Kälber über Notiz. — 3. bis 5. Mai 1925 Mastviehausstellung.

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kilogr., sonst je 100 Kilogr.

	7. 1.	6. 1.		7. 1.	6. 1.
Weiz., märk.	237-242	234-239	Weizkl. f. Brl	15,7-15,8	15,7-15,8
pommerscher	—	—	Rogkl. f. Brl.	14,9-15	14,7-14,8
Rogg., märk.	229-235	227-233	Raps	400	400
pommerscher	—	—	Leinsaat	420-425	420-425
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	29,5-32,5	29-32
Futtergerste	200-218	200-214	kl. Speiseerbs	20-22	20-22
Braugerste	281-293	277-287	Futtererbsen	19-20	19-20
Hafer, märk.	175-184	175-184	Peluschken	15-16	15,0-16,0
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	18-19	18-19
westpreuß.	—	—	Wicken	16-18	16-18
Weizenmehl			Lupin., blaue	11-13	11-13
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	15,5-16	15,5-16
Bln. br. inkl.			Serabella	10-12	10-11
Sack (feinst.			Rapskuchen	17,8-18,1	17,8-18,5
Mrk. ü. Not.)	32,7-35	32,5-34,7	Leinkuchen	25,6-25,8	25,6-25,8
Roggenmehl			Trockenschzl.	9.5	9,4-9,5
p. 100 Kil. fr.			ow. Zuckschn.	—	—
Bln. br. inkl.			Torfmk. 30/70	9,6-10	9,6-10
inkl. Sack	32-34,7	31,7-34,5	Kartoffelfl.	19,5	19,2-19,4

Kleine Nachrichten.

Stegerwald über die Krise.

Berlin, 7. Januar. Ministerpräsident a. D. Stegerwald äußerte sich zur Krise im Reich und in Preußen wie folgt: In welcher Richtung die Verhandlungen zur Bildung des Reichskabinetts liegen werden, läßt sich im Augenblick in keiner Weise übersehen. Die Situation ist so verworren, wie dies bisher kaum jemals der Fall gewesen ist. Der Schwerpunkt der Entscheidung liegt zurzeit wohl bei der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages. Denkbar erscheint zurzeit, daß in Preußen eine Übergangsregierung gebildet wird, die dann auch zu einer ähnlichen Konstellation für das Reich führen dürfte.

Kommunistenprozeß vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 7. Januar. Vor dem ersten Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik, begann heute unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrats Hettner der Prozeß gegen 16 Angehörige der kommunistischen Partei aus Kolberg und Berlin-Weißensee wegen Hochverrats. Die Verhandlungen dürften drei Tage in Anspruch nehmen.

Rücktritt der Deutschen aus dem Beirat der Stadt Bozen.

Bozen, 7. Januar. Die deutschen Mitglieder des Beirats der Stadt Bozen sind zurückgetreten, da die Beschlüsse dieses beratenden Organs ständig von den italienischen Behörden mißachtet wurden. Bekanntlich wurde Bozen bei Beginn der Faschistenherrschaft seiner Selbstverwaltung beraubt und von einem staatlichen Kommissar verwaltet, dem ein Beirat aus der Bürgerschaft zur Seite gestellt wurde.

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Personal-Anzeiger des Daheim.

Hierdurch geben wir bekannt, daß wir Stellen-Anzeigen (Angebote oder Gesuche), Pensions-Anerbieten und -Gesuche usw. für das Daheim zu Originalpreisen vermitteln.

Das Publikum hat nur nötig, den Anzeigentext in der Geschäftsstelle unseres Blattes, des Allgemeinen Anzeigers Halver abzugeben und die Anzeigengebühren zu entrichten Die Expedition erfolgt prompt ohne Spesen für den Besteller, dem wir damit jede weitere Mühewaltung abnehmen.

Die Anzeigenpreise im Daheim sind im Vergleich zur großen Auflage niedrig und betragen gegenwärtig 60 Pf. für die einspaltige Druck-Zeile (7 Silben), bei Stellen-Gesuchen nur 40 Pf.

Das Daheim ist über ganz Deutschland und angrenzende Teile deutscher Zunge stark verbreitet Sein weltbekannter, wöchentlich erscheinender Personal-Anzeiger führt Angebot und Nachfrage rasch und sicher zusammen.

Die Geschäftsstelle des

„Allgemeiner Anzeiger" Halver.

Turn-Verein Grünenbaum.

Samstag, den 10. ds. Mts. abends 6 Uhr

Vorstandssitzung

anschließend 7 Uhr

Jahres-Hauptversammlung.

Da die Tagesordnung eine reichhaltige ist, wird um ein vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder dringend gebeten. Der Vorstand.

Tüchtiger

Fallhammer-Schmied

(Gesenkschmied), sowie einige

Jgdl. Arbeiter

sofort gesucht.

R. u. H. Enneper Schwenke.

Visitenkarten liefert schnellstens Druckerei Wilh. Bell jr

Mein Inventur-Ausverkauf

beginnt Montag, den 12. Januar!

Zur gefl. Kenntnis, dass ich nur Ia Ware in den Verkauf bringe.

Ledermantel	auf beiden Seiten zu tragen .	27.50
Modern karrierter reinwoll. Mantel		19.80
Marengo-Anzug- u. Mantelstoff	145 cm breit	8.75
Mantelstoffe	englisch gemustert, 140 cm breit 5.80	4.90
Rockstreifen	130 breit	1.95
Cheviot	reine Wolle	3.50
Wollkrep	in vielen Farben 100 breit . .	4.90
Frotté	Künstlerstreifen	1.85
Bettuch-Leinen	allerbeste Ware, 160 breit, 2.75	2.45
Bettkattun	waschecht . . 95 ₰ 85 ₰	75 ₰
Bettuch-Nessel	160 breit, Ia Ware . . 1.85	1.45
Nessel	80 breit . . . 85 ₰ 75 ₰	48 ₰
Küchenhandtücher	mtr. 75 ₰ 68 ₰ 58 ₰	48 ₰
Trockentücher	. . . 65 ₰ 58 ₰	45 ₰
Hemdentuche	. . . . 95 ₰ 80 ₰	68 ₰
Damenhemden	mit breiten Feston u. Stickerei 3.25 2.40 1.95	1.10
Kissenbezüge	mit Durchsatz u. Stickerei 3.25 2.25 1.95	1.80
Stores	130 cm breit 3.75	2.75

Auf die im Ausverkauf gekauften Betten gewähre 10 Prozent Rabatt!

Beim Einkauf von Mk. 25.— — Fahrtvergütung. —

Emil Menkel,

Lüdenscheid, Werdohlerstr. 9.



Inventur-Ausverkauf.

also Montag früh 8½ Uhr Treffpunkt bei

Alsberg
Lüdenscheid

Der Inventur-Ausverkauf

der Lüdenscheider Konfektions- und Textil-Geschäfte

beginnt Montag den 12. Januar.

Zu dem am **Sonntag, den 11. Januar** im **Lokale der Ww Wigger zu Egen** ab 7 Uhr abends stattfindenden

Tanz-Kränzchen

ladet ergebenst ein

Fritz Kattwinkel
Tanzlehrer.

Suche einen

jungen Mann

für Fuhrwerk und etwas Landwirtschaft.

Bernh. Thissen,
Halver.

Ich stelle sofort oder in 14 Tagen ein:

40 Arbeiterinnen
1 gelernten Packer,
2 Schlosser,

die nach Angaben selbständig arbeiten,

10 jugendliche Arbeiter

letztere auch zu Ostern.

Verdienstmöglichkeit weit über Tarif.

Hugo Wermeckes,
elektrotechnische Fabrik,
Schalksmühle i. W.

Der Not der Zeit entsprechend

liefere ich bei **Barzahlung**
Damen-Sohlen u. Absätze v 2,80 Mk. an
Herren-Sohlen u. Absätze v. 3,80 Mk. an
bei Verarbeitung von **Ia. Kernleder.**
Alle anderen Reparaturen, sowie
Neuanfertigung ebenfalls billig.

H. Heinzeroth, Schuhmachermeister
Kierspe-Bhf., Windfuhr.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen ist mit Wirkung vom **1. Jan. 1925** ab die Verwaltung

der Gesellschaftssteuer
(Teil I A—C Kap. Verk. St. Ges.)
„ **Börsenumsatzsteuer**
(Teil III Kap Verk St. Ges.)
„ **Obligationssteuer und**
„ **Wechselsteuer**

gemäß § 21 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung für den Finanzamtsbezirk Lüdenscheid dem **Finanzamt Hagen** übertragen worden.

Münster, den 31. Dez. 1924
Der Präsident des Landesfinanzamtes.

Zwangs-Versteigerung.

Am 10. Januar 1925 nachm. 4 Uhr werde ich auf **Gut Bremecke** folgende Gegenstände:

4 prima Rinder,
darunter 1 hochtragendes,
8 Gänse

öffentlich meistbietend gegen bar versteigern.

Sammelpunkt für Käufer **Gut Bremecke bei Kierspe.**

Meinerzhagen, den 7. Jan. 1925.
Wehage, Obergerichtsvollzieher in Meinerzhagen

Frauen, Mädchen und Jungen

für leichte und dauernde Beschäftigung bei gutem Verdienst stellen noch ein

Westfälische Porzellanfabrik
G. m. b. H.
Carthausen i. Westf.

Wir erhalten im Laufe ds. Mts. **mehrere Ladungen**

Thomasmehl, Kainit, Knochenmehl, schwefels. Amoniak.

Ferner Ende Februar oder Anfang März:

mehrere Ladungen sortenreine Industrie- und Odenwälder blaue

Pflanzkartoffeln.

Bestellungen erbitten:

Bürger & Lausberg,
Halver Telef. Nr. 326.